

## Politische Bücher

## Die Mühen der Vernetzung

Transnationale Kooperation der europäischen christlichen Demokraten

Franz Josef Strauß konnte politische Situationen bisweilen recht scharfsinnig analysieren. Der französische Staatspräsident Charles de Gaulle lehnte das Prinzip der europäischen Integration „nicht grundlegend ab“, stellte er im Oktober 1966 vor den Mitgliedern der christlich-demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments fest. Und er leitete aus seiner Analyse ab, dass gute Chancen für die Schaffung einer „europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ bestünden, die es den Europäern ermögliche, als Partner der Vereinigten Staaten unabhängig für die „Freiheit und Weiterentwicklung“ des europäischen Kontinents zu sorgen.

Das europapolitische Konzept des Überleiters der CSU, das in seinem programmatischen Teil bis heute von bemerkenswerter Aktualität geblieben ist, findet sich in einer umfangreichen Sammlung interner Dokumente der christdemokratischen Parteienverbände Europas von der Konstituierung der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) 1965 bis zum ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments vierzehn Jahre später. Das Team um den Hildesheimer Europa-Historiker Michael Gehler hat dazu die einschlägigen Parteiarhive und Nachlässe in Deutschland, Österreich, Belgien und Italien durchforstet und bietet auf dieser Grundlage reichhaltige Einblicke in die Bemühungen um die Formierung einer christdemokratischen politischen Kraft auf europäischer Ebene und die Diskussionen, die sie begleiteten.

Die Verständigung und der Zusammenschluss fielen Europas Christdemokraten nicht eben leicht. Dazu waren die Voraussetzungen in den Ländern zu unterschiedlich. Da gab es einerseits die großen Volksparteien in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien, andererseits strikt konfessionell gebundene Parteien in den Niederlanden, unterschiedliche Parteien des flämischen und des wallonischen Volksteils in Belgien, christdemokratische Elemente in unterschiedlichen Parteiformationen in Frankreich und Parteien aus Ländern, die der Europäischen Gemeinschaft aus unterschiedlichen Gründen (noch) nicht angehörten. Dazu zählten die Österreichische Volkspartei, die Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei der Schweiz, die Fine Gael aus der Republik Irland. Zu einer Union von Parteien fanden sie sich überhaupt erst unter dem Druck der christdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments zusammen, aber auch danach blieb umstritten, wie intensiv die Kooperation und wie verbindlich Beschlüsse des Zusammenschlusses sein sollten.

Mit Blick auf die bevorstehende Direktwahl des Europäischen Parlaments kam es dann 1976 zur Gründung der Europäischen Volkspartei (EVP), der freilich nur diejenigen Parteien angehören konnten, die in Mitgliedsländern der Gemeinschaft beheimatet waren. In ihren Gremien wurde mit Mehrheit abgestimmt, und es wurde auch viel zur Entwicklung gemeinsamer europapolitischer Positionen getan. Aber auch hier blieb die programmatische Orientierung umstritten: Während die Deutschen im Hinblick auf die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament auf die Aufnahme der britischen Konservativen und der französischen Gaullisten drangen, beharrten Belgier, Niederländer, Italiener und Franzosen aus Sorge um den Erhalt der Anschlussfähigkeit zur Linken auf einer strikt christdemokratischen Orientierung. Nachdem die Erweiterung in konservative Richtung



Mit vollen Segeln: Werbung der CDU für die Wahl zum Europäischen Parlament im Jahre 1984. Von Europa-Skepsis ist noch nichts zu bemerken.

Foto Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Plakatsammlung

im ersten Anlauf gescheitert war, drang insbesondere der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl auf die Schaffung einer Europäischen Demokratischen Union (EDU), die der drohenden Sozialdemokratisierung Europas, wie er sie sah, Einhalt gebieten sollte. Ein offenes Ohr fand er dafür bei der ÖVP und ihrem Obmann Josef Taus, der sehr unter dem Bedeutungsverlust der EUCD und der damit einhergehenden Marginalisierung der Parteien aus nicht der EG angehörenden Ländern litt. Die Auseinandersetzungen um das EDU-Projekt, die in dieser Edition zum ersten Mal dokumentiert werden, endeten mit der Bildung einer „Arbeitsgemeinschaft“ von CDU/CSU und ÖVP mit den britischen, skandinavischen und portugiesischen Konservativen sowie den Gaullisten. Gegenüber den anderen christdemokratischen Parteien betonte Kohl aber immer wieder, dass die Zusammenarbeit in der EVP für ihn absolute Priorität haben würde.

Die unterschiedlichen Auffassungen über die strategische Ausrichtung dauerten damit fort. Demgegenüber gelang in der EVP und in der christdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments ein erhebliches Maß an Verständigung über europapolitische Forderungen und Maßnahmen. Für Strauß' Forderung nach einer unabhängigen europäischen Verteidigungsgemeinschaft gab es wenig Verständnis. Ansonsten standen Europas Christdemokraten aber immer auf der Seite derjenigen, die eine Verstärkung und einen Ausbau der Europäischen Gemeinschaft forderten, und das hieß auch: einen Ausbau ihrer supranationalen Dimension. Dabei verbanden sie Festigkeit in der Zielsetzung mit großer Flexibilität in den Methoden. „Eine pragmatisch-dynamische Methode kann umso erfolg-

reicher praktiziert werden, je klarer man in der Zielvorstellung bleibt“, so formulierte es Heinrich August Lückner, der CD-Fraktionsvorsitzende im Europäischen Parlament in Vorbereitung der ersten Erweiterungsrunde der Gemeinschaft.

Besonders intensiv widmeten sich die Christdemokraten auf europäischer Ebene zu Beginn der siebziger Jahre dem Projekt einer Europäischen Währungsunion. Bereits im Oktober 1970 diskutierte eine Studiengruppe der Parlamentsfraktion über die verschiedenen Pläne zur Vorbereitung einer Währungsunion. Luxemburgs Premier- und Finanzminister Pierre Werner hatte mehrmals Gelegenheit, die Vorschläge der von ihm geleiteten Expertengruppe vor den Parlamentariern zu erläutern. Er insistierte, auch das ist bis heute aktuell geblieben, auf der notwendigen Parallelität von gemeinschaftlichem Zentralbankensystem und einem europäischem „Entscheidungszentrum für die Wirtschaftspolitik“.

Große Verdienste erwarben sich die Christdemokraten auch bei der Unterstützung der Demokratisierung Portugals und Spaniens. Ihre Bemühungen um Kontakte führten in den beiden iberischen Ländern zwar nicht zu der Etablierung starker christdemokratischer Parteien, die in der Lage gewesen wären, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Dennoch war die Unterstützung durch die EUCD wichtig für die Bildung des portugiesischen Centro Democrático e Social und die Aktivierung der konkurrierenden Gruppen des christdemokratischen Untergrunds in Spanien. Die Verbindungen, die dabei entstanden, waren für das Gelingen der Integration der beiden Länder in die Europäische Gemeinschaft hilfreich.

Die überaus sorgfältig gearbeitete Edition stellt somit eine unverzichtbare Ar-

beitsgrundlage für jeden dar, der sich mit den Problemen der europäischen Integrationsgeschichte der sechziger und siebziger Jahre beschäftigt. Sie zeigt die Interaktion christdemokratischer Parteien auf, die zum Teil unterschiedliche Leitbilder und Interessen verfolgten, sich dabei aber auch immer wieder auf Gemeinsamkeiten verständigten und so die Grundlagen für die heutige Europäische Volkspartei schufen.

Gleichzeitig bieten die beiden Teildarstellungen über überraschende Aufschlüsse zur Geschichte der beteiligten nationalen Parteien. So berichtet Leo Tindemans als Generalsekretär der EUCD im Februar 1967 an EUCD-Präsident Mariano Rumor über Gespräche mit führenden CDU-Politikern in Bonn, bei denen ein ziemlicher Pessimismus der deutschen Christdemokraten zutage trat: Die Partei habe Schulden in der Höhe von sechs Millionen Mark; für die bevorstehenden Wahlkämpfe sei nichts mehr übrig.

Zehn Jahre später machte sich dann Rumors Nachfolger Kai-Uwe von Hassel große Sorgen über den Zustand der Democrazia Cristiana, die dem Aufstieg des Eurokommunismus, der sich besonders in Italien zeigte, nichts mehr entgegenzusetzen habe. Die Zusammenarbeit der europäischen Christdemokraten, so wird hier deutlich, bleibt immer abhängig von den Problemen, mit denen sie sich auf nationaler Ebene auseinandersetzen müssen. WILFRIED LOTH



Michael Gehler u.a. (Hrsg.):

Transnationale Kooperation der europäischen Christdemokraten und Konservativen. De Gruyter Oldenbourg, Berlin/Boston 2017. XLIV + 1721 S., 289,- €.

## Der naive Revolutionär

Der Hunger in der Welt wird nicht auf wunderbare Weise verschwinden

Die Literatur über den Hunger in der Welt füllt Bibliotheken. Es gibt unzählige offizielle Berichte, von der Welternährungsorganisation FAO oder anderen Unterorganisationen der Vereinten Nationen, anklagende Schriften von Nichtregierungsorganisationen (NGO) und eine umfangreiche wissenschaftliche Literatur. Unbestritten ist, dass der Kampf gegen Unter- und Mangelernährung in den vergangenen Jahrzehnten Fortschritte gemacht hat. Es bleibt jedoch der Skandal, dass in einer Welt, die eigentlich ausreichend Lebensmittel für alle produziert, immer noch etwa ein Zehntel der Weltbevölkerung Hunger leidet und viele Menschen, vor allem auch Kinder, täglich an Unterernährung sterben.

Warum es diese ungleiche Verteilung gibt, genauer: wer oder was daran schuld ist, mit diesen Fragen hat sich Manfred Heuser, der von Haus aus Betriebswirt ist und für Unternehmen im Ausland tätig war, nach seinem aktiven Berufsleben intensiv beschäftigt. Am Ende seines Buches entwickelt er eine „alternative Methode“, die das Problem des Welthungers an der Wurzel packen soll; er nennt sie „bedarfsgerechte Selbstversorgung“.

Zunächst macht er sich jedoch an eine Analyse, die keine der eigentlich all-

gemein bekannten Ursachen und Missstände auslässt: vom Bevölkerungswachstum über Folgen des Klimawandels, von Ressourcenplünderung und Missernten über Kriege und Naturkatastrophen, Finanzspekulationen und Profitinteressen – die Liste ist noch länger und allseits bekannt.

Heusers Streben nach Vollständigkeit führt dazu, dass (fast) alles erwähnt, aber nur wenig vertieft wird. Der Autor ist kein Kapitalismusverächter, auch wenn er große Konzerne kritisiert, die etwa den Markt für Saatgut oder für Wasserversorgung beherrschen; für die vom Finanzmarkt getriebene Seite der („neoliberalen“) Globalisierung hat er gleichfalls wenig Sympathie – zumindest was die Einbeziehung armer Länder in diesen Prozess angeht.

Einsseitig ist diese Kritik jedoch nicht: Er weiß, dass viele gängige Methoden zur Bekämpfung des Hungers – etwa das „süße Gift“ Entwicklungshilfe – mehr Schatten- als Lichtseiten haben. Er sieht auch die Dysfunktionen, die aus dem Wettbewerb zwischen „humanitären“ Nichtregierungsorganisationen entstehen. Auf der einen Seite verwirft er übertriebene Hoffnungen, die sich mit gentechnisch veränderten Saatgut verbinden; auf der anderen weist er auf die Grenzen und Fallen hin, in die gutge-

meinte Initiativen wie „Fair Trade“ oder Mikrokredite laufen.

Umso erstaunlicher ist es nach dieser umfassenden, manchmal etwas redundanten Bestandsaufnahme, wie politisch naiv Heusers eigener Vorschlag ist. Die „bedarfsgerechte Versorgung“, die er propagiert – im Grunde die Forderung nach absoluter Priorität für traditionelle landwirtschaftliche Produktion zur Arbeitsbeschaffung und Eigenversorgung in den ärmsten Ländern der Welt –, setzt eine Revolution im Welthandelssystem voraus.

Sie erfordert außerdem, wie Heuser selbst aufführt, ungeheure finanzielle Ressourcen, weil sie ohne die Renaturierung von Böden oder den Aufbau eigener Wertschöpfungsketten (die vom Weltmarkt abgeschottet werden müssen) nicht funktionieren kann. Wie Heuser nach seiner Analyse all der vielfach verschlungenen Ursachen und Gründe für Hunger daran glauben kann, dass man „den Hunger trotz Armut nachhaltig“ abstellen könne, indem man diese Aufgabe „mit militärischer Präzision“ (?) angehe, bleibt sein Geheimnis.

Auf die Frage, wie das unter den gegebenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen auf dieser Welt durchzusetzen sein sollte, also angesichts verbreiteter Bürgerkriege und der Rivalität

von Nationalstaaten gerade in Afrika, gegen Diktatoren und korrupte Eliten, bleibt Heuser eine Antwort schuldig. Oder vielmehr: In diesem Punkt erreicht das Buch den Gipfel der Weltfremdheit. Heuser setzt darauf, dass sich die Religionen der Welt unter Führung von Papst Franziskus zur Bekämpfung des Hungers zusammenschließen sollten, denn sie hätten die moralische Autorität, die materiellen Mittel und die organisatorische Infrastruktur, um diese Aufgabe zu übernehmen und – „von oben nach unten straff geführt“ – erfolgreich zu bewältigen. Heuser ist gläubiger Christ; offenbar glaubt er, dass Religionsgemeinschaften Wunder vollbringen können. Doch seine eigenen Analysen und die vielen Konflikte auf der Welt, die mit Religion verbunden sind, sprechen nicht dafür, dass der Welthunger auf wunderbare Weise verschwinden wird. GÜNTHER NONNENMACHER



Manfred Heuser: Zeitbombe Welthunger. Messenäger. Exodus oder Marshallplan.

Tectum Verlag, Baden-Baden 2017. 403 S., 19,95 €.

## Briefe an die Herausgeber

Eine Phantomdebatte zum Islam

Zum Leitartikel „Der Islam ist in Deutschland“ von Rainer Hermann (F.A.Z. vom 28. März): Der Streit um die Zugehörigkeit des Islam zu Deutschland trägt Züge einer Phantomdebatte. Das liegt an der Mehrdeutigkeit des Begriffs „dazugehören“. In seiner empirischen (beschreibenden) Version meint er „Bestandteil sein von“. In seiner normativen (wertenden) Version besagt er, dass die Verknüpfung zweier Phänomene, etwa einer Nation mit einer Religion, kulturell nahe liegt und wünschenswert ist. Was folgt daraus? Dass hier Muslime mit und ohne Migrationshintergrund leben, ist eine Binsenweisheit. Sie sind mitsamt ihrer Religion ein Bestandteil unseres Landes und „gehören“ in diesem tatsächlichen Sinne zu Deutschland. Das sollte man jedoch mit den reichen Mitteln klarer Sprache beschreiben. Rainer Hermann geht mit gutem Beispiel voran.

Wer dennoch vehement betont, der Islam gehöre zu Deutschland, will keine Tatsache bekanntgeben, sondern ein Werturteil fällen. Er vertritt die vergröbernde These, „der“ Islam passe zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und Deutschlands kulturellen Traditionen oder könne dort nach kurzem Integrationsprozess eingegliedert werden. Zu Recht wird diesem Kulturrelativismus heftig widersprochen. Zivilisationsbrüche in der islamischen Welt sowie IS-Terrorismus und massive frauen- und jüdenfeindliche Kriminalität in Europa verdüstern das Bild der vermeintlich friedfertigen Religion. Fragwürdig ist aber auch das Pauschalurteil „Der Islam gehört nicht zu

Deutschland“. Das gilt zumindest für die Zuspitzung, der Islam passe in keiner denkbaren Ausformung zu unserer Kultur. Hier offenbart sich eine Verengung des Kulturbegriffs, die vor den Schranken der Religionsfreiheit keinen Bestand hat. Zahlreiche moderate Muslime identifizieren sich mit Deutschland, seinen Tugenden und Traditionen. Soweit sie den Islam säkularisieren wollen, verdienen sie Unterstützung statt Gleichgültigkeit. Man denke etwa an den Politologen Bassem Tibi und seine erhellenden Ideen vom Euro-Islam und der europäischen Leitkultur.

Allerdings sollte man keine Illusionen hegen. Deutschlands Weg zum Euro-Islam wäre steinig und würde den unerschütterlichen Willen voraussetzen, ihn gegen alle innen- und außenpolitischen Widerstände zu beschreiten. Nur dann ließe sich hierzulande eine säkulare, von prämodernen Koranexegesen abgekoppelte Religion mit eigener Organisationsstruktur schaffen. Vom Staat ernannte oder kontrollierte Imame und Religionslehrer müssten den absoluten Vorrang staatlichen Rechts gegenüber der Scharia verkünden. Der Prophet Mohammed müsste einer kritisch-historisierenden Betrachtung unterzogen werden. Anders gendend: Man müsste Rainer Hermanns Beobachtungen der hiesigen „türkischen Community“ auswerten, den „klassischen, traditionell gelebten Islam“ mit den Postulaten der Aufklärung anreichern und ihn gegen den Herrschaftsanspruch des „politischen Islam“ immunisieren.

DR. BJÖRN SCHUMACHER, SAARBRÜCKEN

Wozu sind Muslime tatsächlich verpflichtet?

Zum Leitartikel „Der Islam ist in Deutschland“ von Rainer Hermann (F.A.Z. vom 28. März): Der Autor behauptet, Muslime würden die deutsche Rechtsordnung akzeptieren. Empirische Studien stützen diese These jedoch nicht. In einer Studie der Universität Münster beispielsweise wurden Migranten aus der Türkei befragt, ob für sie die Befolgung religiöser Gebote wichtiger ist als die Befolgung der deutschen Gesetze. Für jeden zweiten Türkischstämmigen stehen religiöse Gebote über dem staatlichen Gesetz. Auch die Islamische Charta des Zentralrats der Muslime stützt die These nicht. Dort steht: „Das islamische Recht verpflichtet Muslime in der Diaspora, sich grundsätzlich an die lokale Rechtsordnung zu halten.“ Dieser Satz zeigt gleich mehrfach, dass von einer Akzeptanz der deutschen Rechtsordnung von Muslimen keine Rede sein kann. Erstens: Die Islamische Charta ordnet den Rechtsstaat religiösen

Geboten unter, denn es heißt „Das islamische Recht verpflichtet“. In einem Rechtsstaat verpflichtet aber nicht die Religion, sondern die Verfassung und die Gesetze verpflichten die Menschen zur Einhaltung des Rechts.

Zweitens: Es heißt in der Islamischen Charta weiter, dass die Muslime „in der Diaspora“ sich an staatliches Recht halten sollen. Das heißt im Klartext: Nur solange sich Muslime in der Minderheit befinden, sind sie an das staatliche Recht gebunden. Wenn die Muslime aber die Mehrheit stellen, dann gilt das religiöse Gesetz. Drittens: Eine weitere Einschränkung der Akzeptanz staatlichen Rechts zeigt sich in der Formulierung, dass Muslime „grundsätzlich“ das staatliche Recht befolgen sollen. Bei einer wirklichen Akzeptanz des Rechtsstaats müsste es aber heißen, dass Muslime staatliche Gesetze „generell“ befolgen.

ALBRECHT HAGER, STUTTGART

Unsere Gesetze müssen akzeptiert werden

In seinem Leitartikel „Der Islam ist in Deutschland“ (F.A.Z. vom 28. März) widmet sich Rainer Hermann der Integration von Muslimen in Deutschland und schlussfolgert: „Der Islam stellt für ein Leben unter Nichtmuslimen keine politischen und rechtlichen Hürden auf, aber kulturelle.“ Letzteres ist unübersehbar, aber auch die Anerkennung unserer Gesetzgebung macht vielen Muslimen Schwierigkeiten. So konnte der Soziologe und Migrationsforscher Ruud Koopmans vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) in einer repräsentativen Studie nachweisen, dass zwei

Drittel der Muslime religiöse Gesetze für wichtiger halten als die Gesetze des Landes, in dem sie leben. Hermanns Verweis auf eine Koran-Sure, welche Muslime auffordert, dort, wo sie leben, das nichtislamische Recht zu akzeptieren, erweist sich vor diesen Tatsachen als gutgemeinter Wunsch, dem die Realität aber leider nicht entspricht. Es führt kein Weg an der Einsicht vorbei, dass die uneingeschränkte Akzeptanz unserer Gesetze als Grundlage eines funktionierenden Gemeinwesens für alle hier Lebenden unabdingbar ist.

FRANK ZINTEL, ZWINGENBERG

Der Weg in Religionskriege ist vorgezeichnet

Zum Leitartikel „Der Islam ist in Deutschland“ von Rainer Hermann (F.A.Z. vom 28. März): Der Autor traut sich nicht auszusprechen, was mittelfristig als Konsequenz der Einwanderungspolitik auf unsere Kinder zukommen wird. Die von ihm angesprochene „Ambivalenz“ wird schnurstracks, wie er es formuliert, auf den „Zusammenstoß“ hinführen – und der mün-

det im Ende des Humanismus und der Aufklärung als Grundlage unserer aktuellen freiheitlichen Rechtsordnung. Der Weg für Religionskriege in Zentraleuropa ist vorgezeichnet. Daran werden die Deutschen nur noch als Minderheit teilnehmen, denn ab dem Jahr 2040 stellen die Migranten in Deutschland die Mehrheit.

WERNER ROSENBECKER, HIDDENHAUSEN

Mehrsprachigkeit in der Wissenschaft

Zum Beitrag „Erzwungene Einsprachigkeit wäre autokratisch. Mehrsprachigkeit soll in der Wissenschaft gepflegt werden, keine englische Monokultur wie in manchen Fächern“ von Winfried Thielmann (F.A.Z. vom 22. März): Schon im Mittelalter gab es Wissenschaftler, die ihren Blick nicht auf „kanonische Texte wie die aristotelische Physik“, sondern auf die reale Welt richteten und die ihre Erkenntnisse mühelos in lateinischer Sprache formuliert haben; ein prominentes Beispiel ist Pierre de Maricourts „Epistola de Magne“ von 1269. Und auch „die frühneuzeitlichen Naturwissenschaftler wie Galilei und Newton“ haben ihre bahnbrechenden Entdeckungen, die die wissenschaftliche Revolution der Neuzeit einleiteten, auf Latein veröffentlicht, so Galileo im „Sidereus nuncius“ von 1610 (Entdeckung der Jupiter-Monde) und Newton in den „Philosophiae naturalis principia mathematica“ von 1687. Galileis ganz oder teilweise auf Italienisch verfasste Bücher (der „Dialogo“ von 1632 und die „Discorsi“ von 1638) wurden in Europa erst bekannt, als sie in lateinischer Übersetzung vorlagen.

Kepler veröffentlichte die nach ihm benannten Gesetze der Planetenbewegung in zwei lateinischen Werken, der „Astronomia nova“ (1609) und der

„Harmonice mundi“ (1619). Es mag ja sein, dass „das Lateinische der Scholastik“ wenig geeignet war zum Verfassen naturwissenschaftlicher Schriften, aber den Gelehrten der frühen Neuzeit war auch das viel flexiblere Latein der Humanisten vertraut, und darin konnte etwa Otto von Guericke mühelos die Experimente beschreiben, die er mit der von ihm erfundenen Luftpumpe und einer elektrisierten Schwefelkugel in Magdeburg durchgeführt hatte („Experimenta nova ut vocantur Magdeburgica de vacuo spatio“, 1672). Noch 1820 machte Hans-Christian Ørsted seine Entdeckung des Elektromagnetismus, den er nun wahrlich nicht in den Schriften des Aristoteles gefunden hatte, in einer lateinischen Veröffentlichung bekannt („Experimenta circa effectum conflictus electrici in acum magnetici“). Die Liste der Beispiele ließe sich beliebig verlängern. Was auch immer die Gründe waren, dass die neuzeitlichen Naturwissenschaftler das Lateinische zugunsten ihrer Muttersprachen oder zugunsten einer anderen Lingua franca (Französisch im 18., Englisch im 20. Jahrhundert) aufgegeben haben: Am Mangel des Lateins an „sprachlichen Mitteln, mit denen intersubjektiv hergestellt werden kann“, hat es sicher nicht gelegen.

PROFESSOR DR. ANDREAS KLEINERT, HALLE